

Stimmen, also mit drei Stimmen Mehrheit, wird der Kompromißantrag abgelehnt, so daß damit das ganze Gesetz als abgelehnt angesehen werden kann.

Sehr bedauerlich. Die Liberalen dürfen sich aber das Zeugnis ausstellen, daß sie alle Mittel erschöpft haben, den Beamten zu ihrem Recht zu verhelfen.

Nun ist es wohl sicher, daß der Reichstag am Mittwoch geschlossen und nicht vertagt wird. Freilich arbeitet damit die Regierung gerade im Interesse des Zentrums, das die Schließung will, weil es eine neue Präsidentenwahl wünscht.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 18. Mai.

(Schluß.)

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes betr. Bürgerpflichten des Reiches zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete. Namens der 7. Kommission erstattet Abg. Dr. Jäger (Ztr.) Bericht über die Kommissionsverhandlungen und empfiehlt unerändernde Annahme des Entwurfes und die Annahme folgender Resolutionen:

Die Regierung zu ersuchen, sobald einen Gesetzentwurf, der Bürgerpflichten des Reiches über den Kreis der Reichs- und Militärbediensteten hinaus dem Bedürfnis entsprechend vorsieht, vorzulegen.

Die Vorlage wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen, die Resolution dagegen abgelehnt.

Auf Antrag des Abg. Wendorf (Fr. Vn.) tritt das Haus in die dritte Lesung ein und erlegt das Gesetz in der Fassung der zweiten Lesung.

Das Haus geht darauf über zur Beratung des dritten Entwurfes einer dritten Ergänzung betr.

Entwurf des Befolgungsgesetzes.

Hierzu liegt ein Kompromißantrag sämtlicher großen Parteien vor mit Ausnahme des Zentrums und der Sozialdemokratie, der die §§ 1—5 der Realisationsvorsorge wieder hergestellend und folgenden § 8a in das Gesetz einfügen will:

Im Herbst 1915 ist ein Gesetzentwurf vorzulegen, durch den mit Wirkung vom 1. Januar 1916 die Bezüge der Beamten der Klasse Ia und Ib um mindestens 100 Mk. in jeder Stufe aufgebessert werden.

Außerdem wird folgende Resolution vorgeschlagen:

Den Reichstagler zu ersuchen, die Erlebigung der durch das Gesetz nicht zur Erfüllung gelangten Beschlüsse des Reichstages zweiter Beratung mit Wirkung vom 1. Januar 1916 an turndisch herbeizuführen.

Ein Eventualantrag der Abg. Dr. Spahn (Ztr.) und Genossen will für den Fall der Annahme des Kompromißantrages, daß wenn der vorgelegte Gesetzentwurf bis zum 1. Januar 1916 nicht die Zustimmung vom Bundesrat und Reichstag gefunden hat, die geborenen Unterbeamten der Reichspost und Telegraphenverwaltung mit Wirkung vom 1. Januar 1916 als eine pensionsfähige Zulage von 100 Mk. erhalten.

Staatssekretär des Reichshofrates Kühn: Ehe Sie in die Debatte der dritten Ergänzung des Befolgungsgesetzes eintreten, möchte ich mich über die gestrige Sachlage verberichten. Der Reichstag hat bei seiner zweiten Beratung beschlossen, den Beschlüssen der Subkommission zuzustimmen, die die verbündeten Regierungen nicht annehmen zu können erklärt haben. Weibet der Reichstag bei diesen Beschlüssen und scheidet somit der Entwurf, so ergibt sich für die nächste Zukunft eine eigentümliche Situation. Bei der derzeitigen Stellungnahme der verbündeten Regierungen müßten sie den Entwurf, nachdem sie einmal die Gehaltsaufbesserungen als erforderlich und durchführbar erkannt haben, im nächsten Jahre wieder vorlegen. Auf Annahme einer solchen Vorlage wurd beim Reichstage nicht zu rechnen und die Gehaltsaufbesserungen müßten somit in der Schwelbe bleiben, bis ausgriffen wird. Ich will zunächst nicht auf dieses Urteil und auf die Motive, aus denen heraus es gefällt ist, eingehen, sondern nur einige Zuträger des Herrn Prof. Dr. Neumann richtigstellen, von denen ich allerdings nicht weiß, wie sie ohne böswillige Absicht haben entstehen können.

Neumann schreibt, der Kunstwart habe den Charon gebracht, da er meine, an dem Charon müße doch etwas sein, weil er sich so lange gehalten habe. Zwar schreibt der Kunstwart: „Seit langer Zeit schon beteiligt sich mit Ernst und Eifer mit eine Reihe von Männern und Frauen an dem, was wir die Charonbewegung nennen, eine viel zu lange Zeit, als daß sich's hier bloß um Spielerei handeln könnte“. Das ist doch etwas wesentlich anderes, als was Prof. Neumann schreibt, und Herr Neumann müßte das doch wissen, da er keine Kenntnis vom Charon im weitestlichen aus der Auswahl charonitischer Dichtungen in den „lofen Klättern“ des Kunstwart schöpft. (Webrigens ein Zeichen dafür, was Neumann unter „exakter Wissenschaft“ versteht.)

Aber das Tollste leistet sich Neumann mit einem „Zentrum“, der geradezu Fälschung genannt werden muß, wenn er als Probe für das angebliche „sinulose Wortgerasell“ des Charon ein „Charongedicht“ (als das es Neumann hinliefert) zitiert. Von diesem Gedicht ist zu sagen, daß es nie in der Zeitschrift „Charon“ noch in einem Bände des Charonverlages abgedruckt worden ist, und daß selbst der Verfasser dieses Gedichtes nie irgendwelche Beziehungen zum Charonverlag gehabt hat, ja daß es sogar kein Name völlig unbekannt ist. Ein solcher Irrtum ist ohne böswillige Absicht als Motiv gänzlich unentbehrlich. Des Rätsels Lösung aber liegt darin, daß Prof. Neumann einmal in der „Strade“ einer im Charonverlage erscheinenden Zeitschrift, wegen seiner experimentellen Pädagogik angegriffen worden ist. Bis her war es ja unter honoraren Menschen Sitte, daß man auch seinen Gegnern (und diesen zumal) Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit zu gunn den Charon mit dem Zentnergewicht seiner Autorität zuwieseln, noch sähnel gerade jetzt, wo der Charon im Begriff ist, sich durchzuheilen.

Im Charon handelt es sich um eine weit über Literatur hinausgehende Kulturbewegung. Daß man diese an-

die bezüglich der Befolgungsvorlage sonst noch zur Befolgungordnung schwöbenden Ermäßigungen abgelehnt sind, was immerhin geraume Zeit in Anspruch nehmen kann. Geschädigt werden die in der Vorlage bedachten Beamten, die dies schwer empfinden würden, ohne es einzusehen zu können. Der Trost, daß ein künftiges Gesetz mit rückwirkender Kraft versehen werden könne, würde verjagen, auch deshalb, weil einem Befolgungsgesetz jedenfalls keine Rückwirkung beilegt werden könnte. Ich stelle nur eine Tatsache fest; daß dementsprechend auch die Frage einer Aufbesserung der höheren Postbeamten — das ist der wesentliche Inhalt der vorliegenden Resolution — beim Zustandekommen des Gesetzentwurfes und der Resolution als erledigt gelten müßte, brauche ich nicht weiter hervorzuheben. Ich komme nun zu dem Versuch mehrerer Parteien des Hauses, das Ziel der Befolgungsvorlage schon jetzt zu erreichen. Soweit dabei durch einen Antrag die Wiederherstellung des Entwurfes gefordert wird, bedarf es keiner Erwähnung, daß die Regierung damit einverstanden ist. Soweit Herauslösung der Gehälter in den Befolgungsklassen Ia und Ib gewünscht wird, liegt materiell auch im großen und ganzen hinsichtlich der Befristung eine Abweidung vom dem Vorhaben der verbündeten Regierungen nicht vor und die Regierungen glauben unter diesen Umständen etwaige Bedenken gegen die in dem Antrage gewählte Form durch Festlegung der Beschlüsse zurückstellen zu können.

Ich kann daher im Namen der verbündeten Regierungen erklären, daß sie, wenn der Reichstag den Gesetzentwurf nach Maßgabe des Antrages beschließt, diesem Gesetzentwurf ihre Zustimmung geben würde. (Beifall.) Eine Dedung für die hienach entkehenden Ausgaben würde nach Ihren bisherigen Beschlüssen nur für das Jahr 1914 vorhanden sein. Die Regierungen geben daher bei ihrer Zustimmung davon aus, daß die beanspruchten Dedungen rechtzeitig beschloffen werden. Ich habe dann weiter zu erklären: Die Regierungen sind hierbei bis an die ihnen vorgeseichneten Grenzen gegangen. Allen hierüber hinausgehenden Abänderungsanträgen würden sie ihre Genehmigung verweigern müssen.

Abg. Ober (Soz.): Mit diesem liberal-konservativen Antrage will der Reichstag glatt umfassen. Die Unterbeamten haben durchaus Verständnis für unsere Haltung.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.): In der heutigen Erklärung des Staatssekretärs liegt ein gewisser Widerspruch mit seinen früheren Erklärungen.

Staatssekretär Kühn: Ich habe in der Kommission und im Plenum mehrfach ausgeführt, daß die verbündeten Regierungen prinzipiell geneigt sind, den geborenen Unterbeamten ein höheres Gehalt zu geben, doch dies aber zurzeit nicht geschehen kann, weil nach der Auffassung der verbündeten Regierungen mit der Gruppe der unieren Beamten gleichzeitige andere Gruppen aufgebessert werden müssen. Dafür ist die Sache jetzt noch nicht reif. Würde der Antrag Spahn angenommen, dann könnten sich wieder Zustände ergeben, die gerade die verbündeten Regierungen vermeiden wollen, daß die geborenen Unterbeamten allein aufgebessert sind, ohne daß die Aufbesserung auch diejenigen trifft, welche sie nach Ansicht der verbündeten Regierungen erhalten müssen. Der Unterbericht ist wesentlich. Er geht über das bisherige Zustandekommen der verbündeten Regierungen hinaus und ich kann bestimmt erklären, daß die Regierung einen mit diesem Antrage befassten Gesetzentwurf nicht annehmen wird.

Abg. Schiffer - Magdeburg (natl.): Der Kompromißantrag beruht auf der Erwägung, daß ein Scheitern der Vorlage nicht zu wünschen ist. Das ganze Haus ist sich darüber einig, daß

die Vorlage der Staatsregierung etwas Gutes, Nützliches und Notwendiges

ist. Der Konflikt ist nur entstanden, weil die Vorlage mehr enthalten könnte und müßte. Die Beschlüsse des Reichstages sind gegenüber denen der Regierung das Bessere. Wir müssen uns aber fragen, ob nach den Ausführungen des Staats-

sekrärs zu merken, beweist unter anderem die Literaturgeschichte von Dr. Albert Sörgel, „Achtung und Dichter der Zeit“, worin Dr. Sörgel vom Charon am Schluß seiner umfangreichen Besprechung schreibt: „Hier ist das größte und schwerste Problem unserer Zeit zum mindesten erkannt.“

Darum bitte ich jeden, der zur geistigen Elite des zukünftigen Deutschlands gehören will, sich kein Urteil über den Charon nicht aus Hörenlagen von ihm zu bilden, sondern den Charon selbst ernsthaft zu prüfen.

Kurt Gröbe.

Chrengabe für Frank Webedind.

Wir werden um Veröffentlichung folgenden Aufrufes gebeten:

Am 24. Juli d. J. wird Frank Webedind 50 Jahre alt. — Um diesem Dichter, der als einer unserer bedeutendsten Dramatiker und die Freiheit seines Schaffens bis auf den heutigen Tag schwer kämpfen und leiden müßte, ein iwasches Entgelt hierfür und besonders ein Zeichen öffentlicher Beachtung zu bieten, hat sich das unterzeichnete Komitee gebildet. In alle Freunde seiner Persönlichkeit und seines Wertes ergoht hiermit die Bitte, sich durch Stiftung einer Summe zu der geplanten

Chrengabe.

die Frank Webedind an seinem Geburtstag überreicht werden soll, an dieser Feier zu beteiligen und in ihren Kreisen dafür zu wirken. Es handelt sich hier selbstverständlich nicht um die Unterzeichnung eines Bedürfnisses, sondern um die demonstrative Ehrung eines hervorragenden Dichters. Die Zahlung der Beiträge, zu denen das Komitee mit 1000 Mk. den Grund gelegt hat, wird an die Bayerische Vereinsbank, München, Promenadest. 1, Konto „Chrengabe Frank Webedind“, erbeten. Ausüttung über die Beiträge erfolgt im „Zweibeisfing“ und im „Neuen Wertur“.

Das Komitee:

Herrsch Eugenberg, Maximilian Harden, Friedrich Rappeler Thomas Mann, Kurt Martens, Georg Mülller, Baron zu Puttk. Generalintendant. Fritz Goltz, Hans von Weber.

jetretärs das Gute der Vorlage dem Besseren gepopert werden kann. Herr Spahn meinte, daß die Zulage der Regierung nichts wert sei. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir haben keine Verantwortung, den verbündeten Regierungen politische Richtigkeit zuschreiben zu können, wenn wir die Zulage der Regierung als selbständige Sicherheit der Befolgung selbständig betrachten. Ob die Gründe des Reiches selbständig betrachten sind oder nicht, will ich hier vor der Zeit nicht feststellen. Wir stehen uns auch nicht vor dem Vorwurfe des Unmaßes. (Zurufe der Soz. allg. Unruhe.) Dieser Vorwurf wird im Lande aus seinen Wurzeln ausgerissen. Das Land wird es durchaus verstehen. Das Soz. lehnen und den starken Mann spielen auf Kosten der unteren Beamten geht nicht an. Die Sache müßten schließlich die Beamten bezahlen. Auf diese Aufbesserung rechnen Tausende von Beamten und Beamtenfrauen. Ich bitte Sie, den Vermittlungsantrag anzunehmen. (Beifall.)

Abg. Dr. Müller (Zst.): Wir stimmen dem Kompromißantrage zu.

Damit schließt die Debatte. Bei der Abstimmung über den ersten Teil des Kompromißantrages, § 1 nach Regierungsvorlage, wurde hervorgehoben, heißt das Ergebnis zweifelsfrei. Gegen den Kompromißantrag stimmen die Zentrum, Sozialdemokraten und der größte Teil der Freikämmerer. Es muß ausgeführt werden. Der Hammerfall ergibt, daß 149 Abgeordnete dafür und 152 dagegen find. Der verbleibende Teil des Kompromißantrages ist somit abgelehnt. Die nächsten Teile des Kompromißantrages werden mit demselben Stimmverhältnis

abgelehnt,

wobei die Polen ebenfalls dagegen stimmen.

Abg. Graf v. Weizsäcker (konl.) stellt alsdann den Rest des Kompromißantrages zurück. Ebenso der Abg. Dr. Spahn den Ergänzungsantrag.

Der Entwurf wird nach den Beschlüssen der zweiten Lesung einstimmig angenommen.

Einem vom Präsidenten gegen 1/9 Uhr gemachten Vorschlag auf Vertagung wird zunächst widersprochen, dann aber nach längerer Gedächtnisordnungsdebatte zweifelsfrei. Nächste Sitzung: Dienstag, 10 Uhr: Rechnungsladen, Kontingenzgesetz, Entlohnungsgesetz, Militäraustragsgesetz, 3. Staatslotterie, keine Vorlage, Wahrgängnisse. Schluß gegen 1/9 Uhr.

Wie die innere Kolonisation nicht gefördert wird.

Man plagt sich gegenwärtig ab, der Landflucht zu steuern und Erleichterungen für die Anwerbung zu schaffen. Dem stehen freilich auch Gesetzesbestimmungen entgegen, die beseitigt werden müssen, wenn sie nicht die Anwerbung zu bezwecken unterbinden sollen. Das Gesetz betreffend die Gründung neuer Anwerbungen in den acht alten preußischen Provinzen enthält in seinem § 13 die Bestimmung, daß zur Erleichterung von Wohnplätzen außerhalb einer im Zusammenhang gebauten Ortschaft die Genehmigung des Kreisrates sähig ist erforderlich ist.

Gegen diese sehr bedenkliche Bestimmung haben bei Beratung des Gesetzes die freihänftigen Abgeordneten die allersehrsten Bedenken geltend gemacht.

Noch schwerwiegender ist aber die Bestimmung in § 12a. Es heißt darin, daß bei der Errichtung bezüglicher Anlagen die Anwerbungsgenehmigung von der Bestätigung einer Sicherheit abhängig gemacht werden kann. Von dieser Sicherheit wird häufig Gebrauch gemacht. Ein solcher Fall ist vor einiger Zeit im Saarfreie vorgekommen. In Weissen wurde ein kleiner Landort in Wohngebäude errichtet. Entgegen dem bereits angeführten Gesetz waren die eingezeichneten Zeichnungen und Beschreibungen öffentlich auszuhegen. Von dem Schuldvertrände in Weissen wurde nun immerhalb der gesetzlichen Frist von 21 Tagen der Antrag gestellt, dem Erbauer des Grundstückes eine besondere Leistung für die Zwecke der Gemeinde aufzuerlegen. Der Antrag ist damit begründet worden, daß durch die nachgelagerte Anwerbung ein Anwaschen der Bevölkerung herbeigeführt werde, welches eine Aenderung der Schulverhältnisse und die Anstellung eines weiteren Lehrers erforderlich mache. Für je eine Familienwohnung sei deshalb eine Leistung von 400 Mark anzustellen. Der Kreisratsschloß hatte diesem Antrage seine Zustimmung gegeben.

Gesetzlich ist dagegen nicht anzukämpfen. Aber bedeutet es nicht eine Unterbindung der inneren Kolonisation, wenn solche Bestimmungen Anwendung finden? Die Konsequenzen dieser Bestimmungen ist die, daß namentlich in der Nähe der Grenzgebiete das Bauen über Gebühr verteuert wird. Das beeinträchtigt naturgemäß auch eine gesunde Wohnungs politik, auf welche Staat und Gemeinde mit Recht den allergrößten Wert legen müssen.

Es ist deshalb die allerhöchste Zeit, daß eine zeitgemäße Aenderung des Anwerbungsgesetzes herbeigeführt wird. Vorläufer der genannten Art geben der Fortschrittlichen Parteien Gelegenheit, in diesem Sinne zu wirken.

Delius, W. v. S. d. H.

Deutsches Reich.

Der Urlaub des Reichstags. Ein Berliner Teleogramm der „Königlichen Zeitung“ stellt gegenüber den von einigen Blättern wiedergegebenen Gerüchten, der Reichstagler beschließliche, eine mehrmonatige Urlaubsdauer anzusetzen, fest, daß der Reichstagler aus in diesem Sommer seine Ferien nicht anders halten werde, wie im vorigen Jahre. Der Urlaub werde die übliche Dauer nicht übersteigen.

Sitzung des preußischen Staatsministeriums. Am Montag vormittag fand der „Nord. Wg. Zig.“ zufolge eine Sitzung des preußischen Staatsministeriums unter dem Vorsitz des Reichstagslers und Ministerpräsidenten Dr. von Bethmann Hollweg statt.

Dem Abgeordnetenhaus ist heute das 4. Verzeichnis der Petitionen zugegangen. Bisher sind insgesamt dem Hause 1688 Petitionen in dieser Session zugegangen. Unter den neu eingeordneten Petitionen befinden sich eine ganze Reihe, welche Domänenunterstellungen verlangen. Der Bund

Deutscher Arbeiterkongress petitioniert um Billigung der deutschen Brauerei. Der Deutsche Handwerksverband in seiner Eingabe bessere Beziehungen von Industrie und Handel zu Regierung und Parlament. Der Reichsverband der Gewerbetreibenden nimmt Stellung gegen jedwede Einschränkung der Weisen und Jahrmärkte. Ein Vorschlag aus Polen geht das dringende Verlangen, den Polen Werbeposten zu bestehen. Der Bund Berliner Gewerkschaften wünscht keine Förderung der Raubgoldschmelzereien. Der Reichsverband der Arbeiter wünscht keine Förderung der Raubgoldschmelzereien. Der Reichsverband der Arbeiter wünscht keine Förderung der Raubgoldschmelzereien.

Parlamentarischer Abend beim Finanzminister. Finanzminister Dr. Ullrich und Frau hatten Montag zu einem parlamentarischen Abend geladen. Unter den zahlreichen Gästen bemerkte man viele Vertreter der Regierung, der Parlamente, der Großstädte, der deutschen Diplomatiker, der Finanz, des Handels und der Industrie und viele andere mehr. Auch an der Presse waren zahlreiche Einladungen ergangen. Erst gegen Mitternacht begannen die Gäste sich zu verabschieden.

Uebergabe des erweiterten Nordostkanals an den Verleger. Am 21. n. M., während der vierer Woche, wird der Kaiser die neuen Schiffe des erweiterten Nordostkanals zum erstenmal passieren. Sie wird mit der Kanal dem Verleger übergeben werden. Von einer Feyer aus diesem Anlaß über den Namen der an dem Erweiterungsbau beteiligten Personen hinaus ist abgesehen.

In betreff der Verhandlungen zwischen Deutschland und Luxemburg über die gegenseitige Anrechnung der für Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung in Deutschland und Luxemburg bezüglichen Beiträge hat der Abg. Kaisermann im Reichstage eine kurze Ansprache gehalten.

Der Reichsminister Krupp beträgt 8 607 000 M. Davon entfallen 6 900 000 M. auf das Ehepaar Krupp von Bohlen und Halbach, 847 000 M. auf die Firma Krupp und 600 000 M. auf Frau Geheimrat Krupp. Insgesamt zählt Krupp 57 n. S. des Reichsbeitrages des Stadt- und Landkreises Essen.

Schöner. Vor dem Landgericht in Colmar im Elsaß fand am Montag ein politischer Prozeß statt. In mehrstündiger Sitzung wurde gegen den Zeugen Hans alias Hans wegen seines Buches „Mon village“ verhandelt. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe. Das Gericht erklärte sich für unzuständig, da das Buch höfliche Rendenzen aufweise, und verwies den Fall an das Reichsgericht in Leipzig. Der Staatsanwalt, wegen Nichterwiderung verurteilt. Der karitative Zeuge Jean Jacques Walsh, der seine deutschfeindlichen Schriften unter dem Namen „Hans“ herausgab, hat wiederholt die Öffentlichkeit beschimpft. Er ist es gewesen, der nach den Gabeln Ereignissen einen Stuhlstoß veränderte, auf dem zwei deutsche Offiziere gesessen hatten. Im Jahre 1912 wurde ein von ihm geschriebenes Werk über die Geschichte des Elsaß verboten. Zur Begründung des Verbotes wurde damals von antiker reichsdeutscher Seite erklärt, das Buch sei eine schmähliche, tendenziöse Fälschung der Geschichte des Landes zur Schürung des Deutschenhaßes.

Der diesjährige Gauerbandtag des Verbandes mittlerer Reichspost- und Telegraphen-Beamten wird in der ersten Woche des Juni in Hannover seinen Anfang nehmen. Das Programm der Tagung ist wie folgt festgelegt worden: In der Mittagsveranstaltung wird der erste Verbandsvorstand Oberleutnant Graf Gottschalk-Berlin über „Standesbefreiungen und Verbandsarbeit“ sprechen. Für die öffentliche Hauptversammlung sind folgende Beiträge vorgesehen: der zweite Verbandsvorstand Oberleutnant Domschitz-Berlin behandelt das Thema „Das Gleichstellungsprinzip und die Stellung der mittleren Postbeamten in der Beamtenliste“; Landtagsabgeordneter Oberpostinspektör Delius-Salle behandelt die Frage des Zusammenhangs der wirtschaftlichen Entwicklung und der Beamtenliste.

Der Ausschuss des Deutschen Handlungsgesellschaftentages hält seine jährlichen Beratungen in den Tagen vom 21. Mai an in Hamburg ab. Die Tagesordnung umfaßt folgende Gegenstände: 1. Das preussische Wohnungsgesetz, Berichterstatter: Hans Behn-Hamburg; 2. Die Gehaltsfrage, Berichterstatter: A. Roth-Hamburg; 3. Der kaufmännische Arbeitsnachweis, Berichterstatter: Max Habermann-Altona; 4. Das Sonntagsaufgebot, Berichterstatter: E. Claus-Hamburg; 5. Die Anwesenheitsvermehrung, a) im Deutschen Reich, Berichterstatter: Hr. Cimlar-Duisburg und Ch. Winter-Samburg; b) in Österreich, Berichterstatter: S. Gröndler-Wien. Diese Ausschüsse beraten dienen der Vorbereitung des 14. Deutschen Handlungsgesellschaftentages, der im Juni nächsten Jahres in Leipzig stattfinden wird.

Die Hausbesitzervereine in Glauchau, Meerane und Geismuthau beschließen in einer Eingabe an den Reichstag, um Maßnahmen zu bitten gegen die Entwicklung von Staub und Schmutz durch Automobile. Reichliche an städtische Arbeiter. Die Stadtverordneten in Breslau beschließen 160 000 M. Reichlichen an städtische Arbeiter mit großem Familienstande.

Parteinachrichten.

Ein Gauleispiel der Konservativen. Die zwiespältige Haltung der Konservativen in Beamtenfragen trat am Donnerstag wieder einmal so recht in

die Erscheinung. Bei Behandlung der Alpenpionierfrage im Plenum des Abgeordnetenhauses lag zunächst ein schriftlicher Antrag auf gefällige Regelung der Bezüge vor. Schnell brachte die Konferenz einen ähnlichen Antrag unter der Führung des Herrn v. Gohler ein, der in einer sofort einberufenen Sitzung der Budgetkommission dann auch einstimmige Annahme fand. Was jedoch über bei der Abstimmung im Plenum? Der Führer der Konservativen Herr v. Heubrand und eine größere Minorität seiner Partei stimmten ostentativ gegen den Antrag ihrer eigenen Partei. Auch dann noch, als Stimmen auf der linken Seite von Heubrand auf dieses Gauleispiel aufmerksam machten. Und nun wagt jemand, an der Aufrichtigkeit der konservativen Partei in der Frage der Alpenpioniere zu zweifeln! Der konservativere Antrag erscheint angefaßt dieses Vorgehens in recht eigenartiger Weise. Nebenfalls können die Konservativen kaum Widerspruch gegen die Feststellung erheben, daß ihre Parteiführung auch dann noch gegen eine gezielte Regelung der Bezüge der Alpenpioniere war, als sich selbst ein Teil der eigenen Partei von den Gründen der Fortschrittler hatte überzeugen lassen.

Hof- und Personalmachrichten.

Der Kaiser in Wiesbaden.

Homburg v. d. S., 18. Mai.

Am Montag vormittag um 11 Uhr traf der Kaiser, von der Saarburg kommend, am Kaiser Wilhelm II. Park in Homburg ein und wurde am Durchbrücken von den Spitzen der städtischen Behörden, Oberbürgermeister Luebe, Stadtvorstand ordnungsführer Kuebler, dem Kurdirektor und Graf Zepelin empfangen. Der Kaiser ließ sich den Stifter des Brunnens Landrat a. D. v. Bruening-Bab Homburg und den Schöpfer des Brunnens Bildhauer Hans Dammann-Berlin-Grünwald vorstellen und verweilte mit den Herren in längerem Gespräch. Vom Durchbrücken aus ging der Kaiser zum Sammelstein Tempel, der ihm vom Oberbürgermeister genau erklärt wurde. Zunächst besichtigte der Kaiser die Ruinen und den Einfaß des Brunnens, der im vergangenen Winter eine neue Einfaß erhalten hatte. Kurz vor 12 Uhr verließ der Kaiser Bad Homburg, um nach Wiesbaden zurückzukehren, wo er gegen 1 Uhr eintraf.

Wiesbaden, 18. Mai.

Den Abstieg der diesjährigen Feiertagsstellungen findet heute abend Mebers „Debor“ in der Einrichtung, die ihm Georg von Hülten hier gegeben hat. Wie dabei alle Künste in den Dienst eines poetischen Ganzen gestellt sind, so wirkt das Werk mit unermindelter Frische und fand wie immer starken Beifall. Die musikalische Leitung hatte Professor Schlafer. Den Oberst sah Paul Engel aus Berlin, den Hönig gab Später, den Scherzmeister gab Heß-Winkel, die Regie führten Dr. Alf als Hönig a. N., und die Komische Frau Krenner. Der Kaiser mochte der Vorstellung sehr und ließ nach Schluß des Theaters um 10.50 Uhr nach Wildpark abfahren, wo die Ankunft morgen vormittag 10.40 Uhr erfolgen wird. Auf dem Bahnhof hatten sich die Spitzen der Behörden eingefunden.

Ausland.

Fürst Wilhelm bittet um Hilfe.

Der italienische Panzerkreuzer „Vettore Milano“ war am Montag nachmittag mit drei Torpedobootstößern in Valona angekommen. Während der italienische Konvoi dem italienischen Admiral einen offiziellen Besuch machte, lief der italienische Geschützträger in Durazzo auf Wunsch des Fürsten Wilhelm und Graf Radosch das Geschwader nach Durazzo zurück, weil die Ausländischen auf die Hauptstadt verzichteten. Das Geschwader dampfte unverzüglich ab.

Demnach ist die Lage des Fürsten Wilhelm bedauerlicher, als man bisher annahm. Fast wie Sohn müdet es daher an, wenn die heilkamtsche „Agence d'Albano“ meldet: Am Montag ist das Protokoll über die Verständigung zwischen den Griechen und Albanern endgültig unterzeichnet worden. Es enthält folgende Privilegien: Die lokale Gendarmerie darf nicht außerhalb von Epirus verlegt werden, außer wenn dies durch höhere Gewalt erfordert wird, die durch die Internationale Kontrollkommission gerechtfertigt wird. Es wird volle kirchliche Freiheit gewährt. Die griechische und die albanische Sprache werden in den drei unteren Klassen gelehrt werden. Die griechische Sprache wird als Verwaltungssprache und Gerichtssprache in Epirus gebraucht werden. Der schriftliche Verkehr mit der Zentralregierung in Durazzo wird in albanischer Sprache erfolgen. Die beiden Verwaltungsgewalten in Koriza und Argpotofol werden durch griechische Gouverneure geleitet werden, die von der albanischen Regierung ernannt werden. Es werden zwei Verwaltungsräte durch allgemeine Volksabstimmung geschaffen, denen die Gouverneure hauptsächlich verantwortlich sein werden. Die Regierung der Chimarioten werden den Mächten unterbreitet werden. Die albanische Regierung wird den Eingeborenen von Epirus eine allgemeine Amnestie gewähren. Die Eingeborenen werden unter Waffen bleiben, um mit ihren Offizieren die Grundlage für die neue Gendarmerie zu bilden. Die fremden Freiwilligen werden das Land verlassen. Diese Neuordnung wird eingerichtet und überwacht werden von der Internationalen Kontrollkommission, die sich nach Chimara begeben wird. Die Ausführung und Beobachtung der ge-

nannten Zugeländnisse wird von den Mächten garantiert werden.

Der Mexiko-Streit.

Aus Washington wird bestätigt, daß der dortige Vertreter einer der Wächter zuverlässige Mitteilungen aus Mexico City erhielt, wonach Mexikos Delegierte zur Friedenskonferenz bevollmächtigt sind, die amerikanische Forderung der Abdankung Huertas, aber nur unter gewissen Bedingungen, zu bewilligen. Diese Bedingungen sind: Nämlich von Veracruz, Zulassung der Forderung Huertas, bei den Präsidentenwahlwahlen im Juli zu kandidieren, die Eliminierung Carrancas als Kandidat. Der päpstliche Beschluß in der Haltung des Diktators ist offenbar auf die Kriegserfolge der Insurgenten zurückzuführen. Die Friedensverhandlungen haben nunmehr erhöhte Bedeutung, sie lassen sich weitreichende Klänge zur Durchführung radikaler und sozialer Reformen in Mexico nicht mehr utopisch erscheinen. Unhöhere Faktoren in der Rechnung der Vermittler hielten allerdings die Rebellen dar, die zweifellos nicht genügt sind, auf den Preis ihrer Kriegserfolge zu verzichten. -- Dagegen meldet ein späteres Telegramm: August Rodriguez, einer der Vertreter Mexikos bei der Friedensvermittlungskonferenz, habe entschieden in Abrede gestellt, daß Huerta sich zur Abdankung bereit erklärt habe. -- Nach Meldungen aus Villa Hauptquartier Rio Concha haben die Kämpfe um Saltillo begonnen. Villas Armees steht 12 Kilometer nördlich von Saltillo. Heute wird allgemein der Vormarsch erwartet. Die Bundesarmee zählt gegen 2000, Villas Armees 20 000 Mann. Da Villa keine schwere Artillerie führt, wird erwartet, daß er nachts einen Sturmangriff versuchen wird.

Nach einem Berliner Telegramm der „Köln. Ztg.“ hat das Statistischem in Washington in einer besonderen, an den Botschafter Grafen v. Bernstorff gerichteten Note den herzlichsten Dank des Präsidenten Wilson für die Hilfe ausgesprochen, die der Kreuzer „Dresden“ den Flüchtlingen von Tampico geleistet hat.

Aus Tampico wird gemeldet, daß zwischen dem deutschen Konvoi und den Rebellenführern sich ein Zwischenfall ereignet hat, der leicht geeignet ist, noch andere Folgen nach sich zu ziehen. Der Konvoi sandte die deutschen Flüchtlinge an Bord des Spagadampfers „Pyritanga“. Die Rebellenführer verweigerten jedoch die Abfahrtsverabreichung. Der Konvoi antwortete, er würde eventuell das Auswärtige Amt in Berlin anrufen und um Hilfe bitten.

Die Beamten einer ausländischen Gesellschaft, von welcher die Konstitutionen 10 000 Pesos als Beitrag zu der Zwangsanleihe von einer Million Pesos verlangten, haben erklärt den Hafen von Tampico verlassen.

König Alphonso von der Woche festgenommen. In Madrid wurde König Alphonso, als er einen Spaziergang unternahm, in der Nähe des Eplandee Caballeros von einer Wache festgenommen, die ihm nicht erkannte. Der König sagte: „Ich bin der König, kennt ihr mich nicht?“ Der Soldat hat um Verzeihung und präsentierte. Der König enternete sich sehr beunruhigt.

Frühiger Beurteilung der Mitterkriege in England. Die letzten Debatte im Unterhaus und die Erklärungen des Ministerpräsidenten Lloyd George werden in England im allgemeinen sehr ruhig beurteilt. Offenbarlich nähert man sich dem Ende der Mitterkriege. Die Homerulebill wird im Unterhaus angenommen, von den Lords verworfen und alsdann automatisch zum Gesetz erhoben werden. Eine Zugschiff wird hierauf die bestehenden Mitterkriege in der Öffentlichkeit regeln. Nur eine einzige Zeitung, der „Daily Express“, schätzte Entwürfsstoffe an „Mitterkrieg oder Neuwahlen“ lautet die Überschrift des Artikels, der mit den Worten beginnt: „Das Unvermeidliche ist eingetreten, die Regierung steht nun endgültig entweder Neuwahlen oder dem Bürgerkrieg gegenüber.“ Die Auslegung des Wortes schätzte die Tagung nicht aus dem Welt, daß die Mitterkriege von Tag zu Tag ruhiger beurteilt wird, und daß die beiden Parteien einander Schritt um Schritt nähern.

Die Unionisten der Edinburgher Universität haben den Mitterkriege Sir Edward Carson als Kandidaten für die Wiedere des Lord-Rektors der Universität als Nachfolger des verstorbenen Lords Minto aufgestellt. Die Wahl findet im November statt.

Die Grenzstellen während des Balkankrieges. Der Bericht der Carnegie-Kommission, die die Grenze des Balkankrieges unterluchte, erklärt, daß alle Gelege qualifizierter Kriegführung von allen besetzten Staaten nachfolgend werden seien, insofern hätten die Griechen die schlimmsten Ausschreitungen verübt. Die Kommission zieht Schlussfolgerungen, welche in einem von Bulgaren beauftragten griechischen Hofschaff wurden, und die durchweg von Grausamkeiten gegen die Bulgaren bezeugen -- Blut!

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dohr; für den literarischen Teil, für Produktionsangelegenheiten, Gedruckt, Sander; Eugen Brinkmann; Feuilleton, Verantwortlich: Martin Geyersberger; für Ausland, I. Leber, Verantwortlich: Dr. Karl Beer; für den Anzeigenenteil: Albert Fritze; Druck und Verlag von Otto Sander. Sämtlich in Halle. -- Beizustellen an die Redaktion, Beiträge, Einwendungen usw. sind stets an die Redaktion der „Saale-Zeitung“, nicht an die Adresse einzelner Redakteure zu richten.

— Diese Nummer umfaßt 16 Seiten —

NIVEA Creme und Seife erhalten bei regelmäßigem Gebrauch die Haut schön, gesund und jugendlich. Nivea-Seife 1 St. 50 Pf., 3 St. 1,40 M. Nivea-Creme 20, 40, 75 Pf. u. 1 M.

KNORR In der kleinsten Küche wie im feinsten Haushalt verwendet man jetzt Knorr Suppenwürfel. Hervorragender Geschmack und große Ausgiebigkeit bahnen Ihnen den Weg! 48 Sorten, wie: Spargel, Blumenkohl, Königin, Weißkraut. 1 Würfel 5 Celler 10 Pfg.

Billige Festtags-Angebote.

Eine selten günstige Kauf Gelegenheit tonangebender Neuheiten.

Kinder-Hüte

Kinder-Glocken
mit Band-Garnitur
3⁵⁰ 2⁵⁰ 1²⁵ 85 68 Pt.

Kinder-Glocken
mit reicher Band- und Blüten-Garnitur
6⁵⁰ 4⁸⁵ 3²⁵ 2⁵⁰ 1⁵⁰

Spitzen-Hütchen
entzückende Garnituren
10⁰⁰ 8⁷⁵ 7²⁵ 5⁵⁰ 3⁵⁰

Garnierte Damen- und Backfisch-Hüte

Sport-Hüte Matelot und Glockenform, englisch garniert 9⁵⁰ 7⁵⁰ 5⁵⁰ 3²⁵ 2⁰⁰ 1⁴⁰

Panama-Hüte echt und imitiert, mit Band 18⁵⁰ 15⁷⁵ 11⁵⁰ 6²⁵ 4⁵⁰ 2⁵⁰

Backfisch-Hüte fescche Formen, mit schicker Garnitur 16⁵⁰ 13⁵⁰ 8⁷⁵ 6⁷⁵ 4²⁵ 2⁵⁰

Frauen-Hüte kleidsame Formen mit aparter Garnitur 17⁵⁰ 14⁵⁰ 10⁵⁰ 7⁵⁰ 5⁵⁰ 3⁵⁰

Eleg. Nischeform, hochap. garniert 22⁵⁰ 19⁵⁰ 16⁵⁰ 14⁵⁰ 10⁵⁰ 7⁵⁰

Modell-Hüte jetzt bedeutend unter Preis!

Kinder-Mützen

Wasch-Südwest
in niedlichen Ausführungen
1⁹⁵ 1⁵⁰ 1¹⁰ 80 35 Pt.

Borten-Südwest
ein- und zweifarbig
3⁷⁵ 3²⁵ 2⁹⁰ 2⁴⁰ 1⁵⁰

Batist-Häubchen
reizend garniert
2¹⁰ 1⁵⁰ 1¹⁵ 85 40 Pt.

Waschkleider-Stoffe

Stiderei'stiffe, Pleuener und Schweizer Fabrikat, 65/115 cm br. Mtr. 2⁵⁰ 1⁷⁵ 1²⁵ 95 75 Pt.

Weisse Batist-Roben-Volants, 115/120 cm breit, Robe 13⁵⁰ 10⁰⁰ 8⁵⁰ 7⁵⁰ 6⁰⁰

Weisse Volle-Roben-Volants, 115/120 cm breit, Robe 15⁵⁰ 12⁵⁰ 9⁰⁰ 7⁵⁰ 6⁷⁵

Wasch Crepon, einfarbig, weiss u. mod. Farbtöne, Mtr. 1²⁵ 95 85 75 55 Pt.

Wasch-Crepon, milles Tupfen- und Ringe-Muster, 68/75 cm br., Mtr. 1²⁰ 90 80 68 60 Pt.

Musseline, imit. mit und ohne Bordüren, Mtr. 65 55 45 35 25 Pt.

Woll-Musseline, glatt und Crepe-Fond, Mtr. 1³⁵ 1¹⁰ 95 85 68 Pt.

Kleider-Beinen, Rips-Fond, weiss u. farbig, Mtr. 1⁵⁰ 1²⁵ 1¹⁰ 98 75 Pt.

Damen- u. Kinder-Konfektion.

Seidene Moiré-Jacken in neuen flotten Blusen-Formen . . . 35⁰⁰ 29⁵⁰ 22⁵⁰ 15⁵⁰ 11⁷⁵

Jacken-Kostüme aus reinwollenen Kammgarn- u. Cotelé-Stoffen . . . 42⁵⁰ 35⁵⁰ 25⁵⁰ 18⁵⁰ 11⁵⁰

Alpaka-Mäntel in bräunlichen u. sandfarbigen Tönen, sowie schwarz u. marine 25⁵⁰ 19⁵⁰ 15⁷⁵ 12⁵⁰ 9⁷⁵

Weisse Kleider aus Volle-Frotté-u. Stick-Stoffen in vornehm. modern. Ausführung 35⁰⁰ 25⁵⁰ 17⁵⁰ 11⁷⁵ 7⁷⁵

Weisse Blusen aus Wasch-Voile, India-Mull, Crépe, Seiden-Japon und Sticker-Voile 9⁷⁵ 6⁵⁰ 3⁵⁰ 1⁷⁵ 98 Pt.

Wasch-Röcke in weiss u. mode, aus Leinen imit. Frotté und Cordstoffen, zum Teil mit Tunique 10⁵⁰ 7⁷⁵ 5⁵⁰ 2⁷⁵ 1⁹⁵

Kinder-Stiderei-Kleider m. anges. Rückchen entzück. verarbeit. f. d. Alt. v. 3-14 Jahren 15⁷⁵ 10⁷⁵ 7⁷⁵ 4⁵⁰ 2²⁵

Weisse Knaben-Anzüge Prinz Heinrich- und amerik. Blus.-Fasson f. d. Alt. v. 3-12 Jahr. 10⁷⁵ 8⁵⁰ 6²⁵ 4⁷⁵ 3⁷⁵

Herren-Artikel

Farbige Oberhemden neueste Muster . . . 6⁵⁰ 4⁷⁵ 4⁰⁰ 3³⁵ 3⁰⁰

Weisse que Oberhemden mit u. ohne Manschett. 6²⁵ 5⁵⁰ 4³⁵ 3⁵⁰ 3⁸⁵

Farbige Garnituren neueste Muster . . . 1⁶⁰ 1³⁵ 1¹⁵ 95 72 Pt.

Weisse weiche Seilvurs Piqué u. gestr. Muster. 1⁰⁵ 90 75 48 35 Pt.

Kragen neueste Formen, 5, 6, 7 cm hoch . . . 65 55 45 38 Pt.

Ströhüte schicke Formen . . . 4⁵⁰ 3²⁵ 2⁵⁰ 1⁸⁰ 1¹⁵

Krawatten Regatte-Formen . . . 1⁷⁵ 1²⁰ 80 55 35 Pt.

Krawatten Selbstbinder . . . 2⁷⁵ 2⁰⁰ 1⁴⁵ 1¹⁰ 55 Pt.

Konfektionierte Weisswaren.

Plissés aus Tüll u. Spitzen für Jackett u. Blusen . Meter 1¹⁰ 95 70 40 23 Pt.

Rollkragen aus Rips oder Batist . . . 1⁴⁸ 1²⁵ 90 68 38 Pt.

Batistkragen für Blusen, neue Formen . . 1⁵⁰ 95 75 50 35 Pt.

Spachtel-Kragen für Blusen . . . 1⁶⁰ 1²⁵ 95 65 35 Pt.

Damen-Garnituren aus Batist, Spachtel oder Rips 2⁶⁵ 1⁸⁵ 1⁵⁰ 1³⁵ 1¹⁰

Kinder-Kragen in Stickerei und Rips . . . 1⁴⁵ 1¹⁰ 90 65 48 Pt.

Kinder-Garnituren reizende Neuheiten . . . 1³⁵ 1¹⁰ 98 85 50 Pt.

Jabots aus Tüll oder Batist, neue, kleidsame Formen 1⁷⁵ 1²⁵ 90 55 38 Pt.

Wasch-Gürtel in Stickerei oder Borten . . 1³⁵ 1¹⁰ 85 60 35 Pt.

Geschäftshaus

J. LEWIN

Halle a. d. S., Marktplatz 2 u. 3.